

Zur Lage.

Eine bedeutungsvolle Woche liegt hinter uns, so reich an Bewegungen und Aufregungen, wie nur eine seit der Novemberrevolution. Da ist zunächst in München in der Nacht zum 13. April durch einen kühnen Streich der dortigen Garulson der Räterepublik und der neben ihr bestehenden kommunistischen Regierung nach sechs bzw. dreitägigem Bestehen ein rasches Ende gemacht worden. Aber nach der ersten Ueberraschung sammelten sich die Spartakisten und Anarchisten, die aus den Reihen des Militärs selbst Verstärkungen erhielten, zu neuem Widerstand. Am Sonntag-Nachmittag wurde um den von den regierungstreuen Truppen besetzten Hauptbahnhof mehrere Stunden hartnäckig und blutig gekämpft und endlich mußten die Verteidiger sich ergeben. Der allerniedrigste Kitzel der Revolutionäre hatte gestiegt und München sah seine vierte Revolution innerhalb 6 Monaten: die reine Diktatur des Proletariats wurde am 14. April eingeseht und löst seine unumschränkte Herrschaft in München aus. Bis jetzt nur in München. Die Städte, die sich in voriger Woche der Räterepublik angeschlossen hatten, sind teils freiwillig wieder von ihr abgeschwenkt, teils durch die aus der zweiten Münchner Revolution vom Februar hervorgegangene sozialistisch-republikanische Regierung Hoffmann, die ihren Sitz derzeit in Bamberg hat, dazu gezwungen worden. Hoffmann sammelt ein Heer, das unter General Epp gegen die Landeshauptstadt vorrücken soll. Inzwischen ist München von jeder Verbindung nach außen abgeschnitten, namentlich ist es der Zufuhr von Kohlen beraubt, so daß der Eisenbahnverkehr fast ganz eingestellt ist. Wenn die Bamberger Regierung ihrer Truppen sicher ist, kann die Lösung der Machtfrage nicht zweifelhaft sein, zumal die weit überwiegende Zahl der Einwohner Münchens der sozialistischen Herrschaft feindlich gegenüber steht. Aber ohne schwere Kämpfe dürfte es kaum abgehen. Und das in der Kar- und Osterzeit!

Auch sonst im Reich geht es noch arg. In Dresden wurde der Militärminister Neuring, ein früherer Fabrikarbeiter, von einer wütenden Menge in bestialischer Weise ermordet; die Verhängung des Belagerungszustands über ganz Sachsen und die eilige Abwendung von Sicherheitskräften aus Preußen deuten darauf hin, daß die Lage in Sachsen für die dortige Regierung kritischer ist, als die amtlichen Berichte wissen lassen wollen. Uebrigens ist auch in dem Dresdener Fall wieder festgestellt worden, daß russische Agenten die Aufrührer waren. — Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet geht der Ausstand dem Umfang nach zwar langsam zurück, bei Krupp soll er ganz beendet sein, aber an einzelnen Orten klammert die Leidenschaft des politischen Nachkämpfers jeweils wilder auf als je. In Bremen sind die Massen durch einen früheren Offizier, den Hauptmann Beyerfeldt, der auch in den Berliner Unruhen als eifriger Spartakist tätig war, von neuem zum Streik aufgehetzt worden. Und so liegen die Schiffe aus Amerika mit den Lebensmitteln im Hafen und keine Hand rührt sich, die fortwährende Ladung ins Land zu bringen. Und wenn es dann doch soweit kommt, daß die Güter endlich geborgen werden, so müssen die namentlich Schiffe Sanbfade als Ballast für die Rückfahrt an Bord nehmen, weil keine Kohle, kein Eisen, kein Kali vorhanden ist, womit sie das nötige Seegewicht erreichen und wir wenigstens einen Teil der Lebensmittel bezahlen könnten. Im Ruhrgebiet waren in Friedenszeiten etwa 445 000 Arbeiter in den Kohlengruben tätig und damals wurden rund 330 000 Tonnen Kohlen täglich zutage gefördert. Der gegenwärtige Arbeiterstand beträgt nach der Angabe des sog. Abg. D. u. 430 000 und die tägliche Leistung sind 12 000 Tonnen. Eine große Grubenaktiengesellschaft mußte den Konkurs anmelden. In demselben Maße wie die Kohle verringert sich natürlich die Erzeugung von Roheisen. Besonders schlimm aber ist es, daß die durch den Streik gestoppte Kohlennot daran ist, den Eisenbahnbetrieb in Deutschland lahm zu legen. Man stelle sich einmal den Zustand vor, wenn keine Personen- und Güterzüge mehr laufen! Dazu ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo nach dem Abkommen in Spa die 60 000 Polen aus Frankreich nach Warschau auf deutschen Eisenbahnen und auf deutsche Kosten befördert werden sollen. Täglich sollten 20 Züge von Mainz aus auf die ganze ungeheure Strecke in Bewegung gesetzt werden. So wollten es Marschall Foch und die Franzosen, die die polnischen Gäste natürlich je eher je lieber wieder los wären. Die deutschen Unterhändler konnten Marschall Foch überzeugen, daß 20 Züge hinter einander abzulassen ein Ding der Unmöglichkeit sei und Foch begnügte sich schließlich mit 10. Nun mußte man ihm aber nachträglich melden, daß auch die 10 über unsere Kraft gehen und daß wir höchstens 5 Züge täglich stellen können. Jetzt geht der alte Tanz wieder los. Das ist ein Bruch des Vertrags, heißt es, so wie man ihn von Deutschland immer gewohnt ist; aber sie sollen es büßen. Und schon bejammert man sich in Paris, was man den wortbrüchigen Deutschen für eine neue Strafe auferlegen soll. Die Streiks im Ruhrgebiet haben nicht wenig dazu beigetragen, daß der Oberste Rat der Friedenskonferenz glaubt, uns nicht schlecht genug behandeln zu können. So ist endlich der überarbeitete Entwurf für den Völkerverbund in seinen Grundzügen veröffentlicht worden. Kein Mensch wird behaupten wollen, daß dies „Plan der

Nationen“ mit dem von Wilson vorgeschlagenen Bund noch das allergeringste zu tun habe. Es ist ein verewigter Bund der gegen Deutschland kriegsführenden fünf Großmächte, weiter nichts. Deutschland (und Rußland) wird zuvörderst in den Bund gar nicht aufgenommen, sondern bleibt einige Jahre in moralischer Quarantäne, in strenger Bewachung, wie ein Jögling der Zwangsfürsorge. Und wenn es später den fünf Großmächten gefallen sollte, dem Vuhfertigen den Zutritt zu gestatten, so wird Deutschland kein gleichberechtigtes, sondern nur ein gebildetes Mitglied sein. Die Kolonien und die Ost- und Westprovinzen, ebenso Schleswig werden verloren sein. Und das schönste: Frankreich wird das Saarbecken 15 Jahre lang besetzt halten und die Kohlen- und Eisengruben in Besitz nehmen. Nach 15 Jahren können die Bewohner durch Abstimmung entscheiden, ob sie zu Deutschland oder zu Frankreich gehören wollen. Die Deutschen wird man in der Zwischenzeit zu Franzosen machen oder zum Land hinausbugisieren und durch geeignete Elemente ersetzen. Das Ergebnis der 15-jährigen Zwangsverwaltung im Auftrag des hohen Völkerverbunds — die aber beiseite keine „Annexion“ sein soll, die ja der Herr Wilson nicht dulden konnte — läßt sich schon mit einiger Wahrscheinlichkeit vorausberechnen. Aber wenn unerwarteterweise die Abstimmung ungescheitert gegen Frankreich ausfallen sollte, so muß Deutschland die — inzwischen natürlich weiblich ausgebeuteten — Bergwerke von Frankreich um teures Geld wieder zurückkaufen! Ein Räuber nimmt mir meine Holzbeige und sagt: „Damit will ich so und so lange meinen Ofen heizen. Wenn du dein Holz nach einer gewissen Zeit wieder haben willst, vorausgesetzt, daß noch etwas da ist (wenn vergleichsweise die Bewohner des Saargebietes nach 15 Jahren für Deutschland stimmen), so mußst du es mir abkaufen, wie wenn nichts davon verbraucht wäre.“ Ist das nicht ein köstlicher Einfall der Herren vom Obersten Rat? Daneben verlangen sie, wie die französische Havasmedlung besagt, die Bezahlung der Kleinigkeiten von 125 Milliarden Franken, wovon Frankreich in seiner rührenden Bescheidenheit nur rund 69 Milliarden beansprucht. Rechts des Rheins wird eine „neutrale Zone“ von 50 Kilometer aufgemacht, in der nichts passieren darf, was von weitem wie Militarismus schmeckt.

Zu solchen „Friedensbedingungen“ glauben die Feinde, wie gesagt, berechtigt und berufen zu sein, weil es im Deutschen Reich eben gar keine Ruhe geben will. Das Streikfeber hat ja auch einen nicht geringen Teil der Angestellten und Privatbeamten erfasst. In Berlin streiken etwa 50 000 Angestellte der Metallindustrie, der Brauereien und Bankbeamte, und in verschiedenen anderen Städten sind die Angestellten in den sogen. Sympathiestreik eingetreten, d. h. in einen Streik, der nur den Zweck hat, einen anderen Streik (in diesem Fall also den Berliner) zu unterstützen. Uebermäßig bescheiden sind die Forderungen der Bankbeamten nicht. Sie verlangten, daß die Angestelltenaufschüsse bei der Anstellung und der Beförderung von Bankbeamten mitbestimmen sollen (diese Forderung ließen sie dann aber fallen); sie wollten Mitbestimmung bei Entlassung und Kündigung, ein Mindesteinkommen von 4200 Mark für 20jährige Bankbeamte, aufsteigend bis 15 000 M. für 50jährige Beamte, einerlei, welche Stellung der Beamte einnimmt und was er leistet; siebenstündige Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberstunden, entsprechenden Urlaub und Gültigkeit des Berliner Tarifs für das ganze Reich. Die Einigungsverhandlungen blieben bisher erfolglos — und werden es wohl bleiben, wenn die Forderungen aufrecht erhalten werden sollten. Bemerkenswert ist, daß die österreichischen Bankbeamten der Berliner Streikleitung ihre Unterstützung zugesagt haben.

Auch in der Reichsregierung und in der Nationalversammlung zu Weimar herrscht Krisenluft. Der Reichsfinanzminister Schiffer hat sein Amt niedergelegt, nachdem er eben noch den Reichshaltungsplan für 1919 in der Nationalversammlung vorgelegt und begründet hatte. Es wird angegeben, daß persönliche Gründe — Schiffer soll sich mit Scheidemann nicht verstanden haben — wie auch sachliche Meinungsverschiedenheiten des Reichsschatzmeister zu seinem Entschluß geführt haben. Er habe sich mit der nachgiebigen Politik der Regierung gegenüber den radikalen Forderungen nicht befreunden können und sei besonders gegen die Errichtung des von Scheidemann gewünschten Staatsgerichtshofs. Dasselbe wird übrigens von seinem voransichtlichen Nachfolger Dernburg, der, wie Schiffer, Mitglied der demokratischen Partei ist, behauptet. Es scheinen auch jetzt noch gewisse Schwierigkeiten innerhalb der Regierung fortzubestehen. So wurde gemeldet, daß auch Ministerpräsident Scheidemann sich mit Minderheitsgedanken trage. Ein Stein des Anstoßes ist allerdings am 16. April aus dem Wege geräumt worden, indem der sozialdemokratische Antrag, den 1. Mai sofort zum Revolutionsfeiertag zu erheben, durch einen abschwächenden Gegenantrag der demokratischen Partei auch bürgerlichen Abgeordneten annehmbarer gemacht wurde. Der sog. Antrag hatte bei den bürgerlichen Parteien viel Staub aufgewirbelt und gegen die eigenen Vertreter in der Regierung innerhalb der bürgerlichen Parteien eine gereizte Stimmung hervorgerufen. Der Vermittlungsantrag bestimmt den 1. Mai vorläufig als allgemeinen Feiertag, der der Idee des Weltfriedens, des Völkerverbunds und des internationalen Arbeiterbundes ge-

stärkt sein soll. Dieser Antrag wurde mit 161 gegen 86 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen angenommen.

Zum Schluß der Sitzung der Nationalversammlung am Dienstag richtete Reichspräsident Ebert eine Osterbotschaft an die Versammlung und an das deutsche Volk. Es war keine frohe Botschaft. Er begrüßte die einmütige Kundgebung der Nationalversammlung vom 10. April, daß die Reichsregierung nur einem Frieden der Verständigung und Versöhnung zustimmen dürfe. Aber bekommenen Herzens, so schien es, wagte er keine tröstliche Hoffnung zu erwecken. Das Verhalten der Feinde sei nichts anderes, als eine Fortsetzung des Kriegs gegen ein wehrloses Volk. Die Verantwortung für die Folgen tragen die Feinde. Aber Friede, Arbeit und Brot und das neue Deutschland zu schaffen sei auch unmöglich, solange im Innern des Reichs der Aufruhr und die Arbeitsverweigerung herrschen. Daß ab vom der Selbsterleischung, arbeitet! rief der Präsident dem Volk zu. Unser deutsches Volk darf nicht zuschanden werden!

Aus der Landesversammlung.

Stuttgart, 16. April.

Das Verfassungsgezet in 2. Lesung angenommen. Man fährt in der Beratung der Verfassungsurkunde fort bei der Frage der Trennung von Staat und Kirche. Abg. Sakmann (Soz.): Wir wollen die Trennung von Staat und Kirche nicht aus Religionsfeindschaft. Feind sind wir nur allen Herrschaftsansprüchen der Kirche. Es entspricht unseren Grundansichten, daß den Kirchengemeinden keine besonderen öffentlichen Mittel mehr gewährt werden.

Abg. Spröhl (Zentr.): Wir sind grundsätzlich gegen eine Trennung von Staat und Kirche. Eine heile Verbindung von Staat und Kirche wird bestehen bleiben, auch wenn die Trennung bis zum Äußersten ginge. Dagegen sind wir für eine verwaltungsrechtliche und finanzielle Trennung zu haben. Die Regierung sollte auf das Ernennungsrecht kirchlicher Stellen verzichten. Wir beantragen die Aufhebung der staatlichen Patronatsrechte. Wir erwarten, daß künftig in der Ordensfrage ein freierwilliger Zug hereinkommt.

Abg. Wurster (V.P.): Wir stimmen dem Zentrumsantrag zu. Auch wir sind der Meinung, daß das Kirchen- wie das Schulpatronat verschwinden sollte.

Kultminister Heymann: Die Grundzüge in dem Antrag des Zentrums kann der Staat anerkennen; ich bitte aber, den Antrag nicht anzunehmen, weil die Verhältnisse hier nicht so einfach liegen. Die Regierung beabsichtigt nicht, bezüglich der Ordensüberlassungen irgend welche Befreiungen aufrecht zu erhalten. Die finanzielle Auseinandersetzung muß kommen, eine Auscheidung des Kirchenguts in natura ist ausgeschlossen.

Abg. Eisenwein (D.D.P.): Den Ausführungen des Abg. Sakmann können wir zustimmen, aber unter Betonung der staatlichen Toleranz gegenüber allen religiösen Gemeinschaften. Wir sind sachlich mit dem Inhalt des Zentrumsantrags einverstanden.

Abg. Sakmann (Soz.) stellt mit Abg. Hauffmann (D.D.P.) den Antrag, daß das Schulwesen nur der Aufsicht des Staates untersteht.

Abg. Hauffmann (D.D.P.): Unser Antrag trägt dem Standpunkt der Katholiken Rechnung. Private Schulen sollen nicht unterdrückt werden. Die Einfügung des Religionsunterrichts als Lehrfach wird die Gründung von Privatschulen verringern. Es ist ein großer Fortschritt, daß der Lehrer dem Geistlichen nicht mehr untergeordnet ist.

Abg. Wurster (V.P.): Auch wir stellen uns auf den Boden des Antrags Sakmann-Hauffmann.

Abg. Jethli (U.S.P.): Wir machen die Verbeugung vor der Wichtigkeit des Zentrums nicht mit. Wir stellen den Antrag: die Grundlage der Volkserziehung bildet die allgemeine weltliche Volksschule; der Religionsunterricht ist als Privatfache aus dem Lehrplan der Schule auszuschließen.

Abg. Dr. Bauer (Zentr.): Ich muß mich wundern, daß bei all diesen Fragen so wenig von dem Recht des Kindes auf Erziehung die Rede ist. Wir beantragen, im Entwurf einzufügen: Privatschulen sind zugelassen, wenn sie in ihrem Aufbau hinter den öffentlichen Schulen nicht zurückstehen.

Abg. Dr. v. Mülders: Es besteht für unsere Jugend ein Bedürfnis, sie mit den Grundbegriffen der Religion bekannt zu machen.

Der Antrag Jethli wird gegen U.S.P. abgelehnt, der Antrag Sakmann-Hauffmann gegen U.S.P. angenommen; abgelehnt ein Antrag Bagille (Erziehung des Religionsunterrichts seitens der Religionsgemeinschaften und Abschaffung des Aufsichtsrates des Staates) gegen Zentrum und Bürgerpartei, ebenso abgelehnt der Antrag Baur (Zentr.) gegen Zentrum und Bürgerpartei.

Abg. Beißwänger (V.P.): Der Gedanke einer berufständischen Kammer ist durchaus richtig. Wir haben erste Bedenken gegen das Einkammerjustizsystem, ohne dabei an dem Grundgedanken des parlamentarischen Systems rütteln zu wollen.

Abg. Frau Viana (D.D.P.): Auch ich hoffe, daß wir einmal eine berufständische Vertretung bekommen. Dergest haben wir in unserem Wirtschaftsleben keine Berufsstände.

Abg. Hauffmann (D.D.P.): Die Stellung des Staatspräsidenten muß in der dritten Lesung nochmals behandelt werden.

Abg. Bagille (V.P.): Der einzige Stand, der in dem Verfassungsgezet nicht berücksichtigt ist, sind die Beamten. Wir haben entsprechende Anträge eingebracht, die den Wünschen der Beamten nachkommen.

Abg. Graf (Zentr.): Die Beamten legen Wert auf den Schutz ihrer Rechte in der Verfassung.

Abg. Fischer (Soz.): Eine Gefahr, daß die Rechte der Beamten beschnitten werden könnten, besteht nicht. (Zuruf: München.)

In namentlicher Abstimmung wird das Verfassungsgezet mit 123 gegen 8 Stimmen (von der V.P., Abg. Fischer, Haag, Müller, Körner, Rapp, Roth) in 2. Lesung angenommen.

Präsident Reil verliest sodann eine Erklärung der Bürgerpartei, die in ihrer Gesamtheit schwerste Bedenken gegen einzelne Bestimmungen im Verfassungsgezet hegt.

Abg. Hauffmann (D.D.P.): Mit dem vorliegenden Werk ist dem Volk ein Übergang in höherer Zeit beschieden worden.

Nächste Sitzung Freitag den 25. April, 10 Uhr.

Druck und Verlag der B. Reiter'schen Buchdruckerei, Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Saul.

Altensteig, den 18. April 1919.

Geschäfts-Verlegung und -Empfehlung.

Wohne einer Einwohnerschaft von hier und Umgebung die ergebene Mitteilung, daß ich mein Geschäft in das von mir gekaufte früh. Gerber Stoll'sche Anwesen, an der Bahnhof- u. Balkenstraße gelegen, (gegenüber dem 3 König) verlegt habe. Ich danke meiner werthen Kundschaft für das mir seither entgegengebrachte Vertrauen und bitte mir auch fernerhin Aufträge zu erteilen. Ferner halte ich mich bestens empfohlen zur Einrichtung von elektrischen Beleuchtungs-Anlagen und Lüftungswerken, Anfertigen von Bilgableitern, Wasserleitungen, Badearrichtungen, Klosettanlagen, sowie alle Sanarbeiten und sonstige in mein Fach einschlagende Gegenstände. Reparaturen werde ich schnellstens erledigen.

Achtungsvoll!

Heinrich Müller

Flaschnerei und Installationsgeschäft.

Altensteig.

Almadol

ist wieder eingetroffen.

Ein altbewährtes Mittel für defekte Geschirre.

Kittet durchlochtete Emaille, Aluminium, Messing, Kupfer und Gußeisengeschirre, Glas und Porzellan.

Karl Henssler sen., Eisenwarenhandlg.

Altensteig.

rote Rüben

1 Pfund 60 Pfg.

Feinste Marmelade

markenfrei. — Pfund Mark 1.—
in Original-Kisten à netto 50 Pfd. 96 Pfg.

empfehit

C. W. Lutz Nachf.

Freih. Bühler jr.

Wer sich ein gutes Getränk herstellen will,
der verwende den bekannten

Ruf's Kunstmooftansatz

mit Heidelbeeransatz
und mit Sahne, die Flasche zu 100 Liter reichend kostet Mk. 15.—, feiner
Ruf's Heidelbeeren mit Zuckern
zu 100 Liter Mk. 25.—.

Viele Anerkennungen.

Robert Ruf, Heidelbeer-Versandhaus, Stillingen u.

Kulmburg, a. H. 1918.
Senden Sie mir wieder 2 Flaschen Kunstmooftansatz mit Heidelbeeransatz und mit
Sahne zu 100 Liter. Mit dem letzten war ich sehr zufrieden etc.
Herrn Ruf, Heidelbeer-Versandhaus, Stillingen u. Kulmburg, a. H.

Es mag das aus Ihrem Kunstmooftansatz hergestellte Getränk aufbewahrt werden
und kann viele Freunde erwerben, so erlaube ich Sie freundlich um sofortige
Zulieferung einer Flasche Kunstmooftansatz mit Heidelbeeransatz und mit Sahne etc.
Herrn Ruf, Heidelbeer-Versandhaus, Stillingen u. Kulmburg, a. H.

Bruchleidende!

finden sichere Hilfe, auch in verzerrten Fällen, durch mein seit 1894 er-
probtes, Tag und Nacht tragbares federloses Bruchband „Extrabequem“.
Zahlreiche Zeugnisse, Leibbinden, Gerabehalter, Gummilatrumpfe. Mein
Vertreter ist wieder mit Muster anwesend in Nagold, Mittwoch,
23. April 9-3 Uhr im Hotel z. Röhle.

Bruchb.-Spez. Witwe L. Bogisch, Stuttgart, Schwabstr. 28 H

Altensteig.

Am 24. April reichen wir unsere Kundenliste beim Oberamt ein.
Wir bitten noch rückständige

Bestellungen auf Kohlen

sofort bei uns machen zu wollen.

Beeh & Ziegler
G. Schneider's Nachfolger.

Die

Steuerkursliste

auf 31. Dezember 1918

ist erschienen.

Wir stellen solche **kostenfrei** zur Verfügung und sind auch zur
Mitteilung von Steuerkursen gerne bereit.

Ferner empfehlen wir uns zur **Ausrechnung** von
ganzen Vermögen

auf Grund der Steuerkurse.

Die **Frist** zur Abgabe der Vermögens-Erklärung ist bis **31. Mai**
verlängert worden.

Bank-Commandite Horb

Carl Weil & Co.

Horb a. N. Telefon Nr. 78.

Altensteig.

Als Ostergeschenke

empfehle

Sandwagen
Sandschaukeln
Sandformen
Eimer
Schuffer
Bälle
Ballnetze
Kreisel
Schwimmtiere
Gelleiditiere
Botanisierrapseln
sowie sämtliche

Spielwaren aller Art

billigst

J. Wurster.

Altensteig.

Eine Partie

Speise-Zwiebel

(solange Vorrat reicht)

1 Pfund 60 Pfg.

Ehr. Burghard jr.

Nähmaschinen

(erstklassige deutsche Fabrikate)

System Lang-, Schwing-, Ring-, u. Rundschiff
mit Eisengestell oder mit modernem Holzgestell.

Schönste Auswahl. Weltgehende Garantie. Mäßige Preise.

Friedrich Herzog, Calw

Maschinenhandlung u. Reparaturwerkstätte.

Alle

Schulbücher

für Volks-, Latein- und Realschule

empfehit die

W. Niefer'sche Buchhandlung.